

OFFENE LINKE ANSBACH

Die Offene Linke im Ansbacher Stadtrat Bäckergründlein 23 91522 Ansbach
info@offene-linke-ansbach.de www.offene-linke-ansbach.de

REDE ZUR VERABSCHIEDUNG DES HAUSHALTS DER STADT ANSBACH FÜR DAS JAHR 2009

Ansbach, 08.12.2008

Aus den Fehlern lernen

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielleicht haben manche unter Ihnen den Spielfilm „Die fetten Jahre sind vorbei“ gesehen.

Ich fühlte mich in den vergangenen Wochen des Öfteren an diesen Titel erinnert, als die Welt eine Blase des Kasinokapitalismus nach der anderen platzen sah und die einstigen Exponenten der Entstaatlichung Deutschlands, ehemalige Privatisierungspäpste, im Büßerhemd händeringend um Hilfe der Allgemeinheit flehten.

Wer nun aber hoffte, dass aus den Fehlern des grandios gescheiterten Neoliberalismus gelernt und das Primat der Politik zurück gewonnen werden würde, war schnell ernüchert. Während monatelang über die Erhöhung des Kindergeldes um zehn Euro debattiert wurde, wurde quasi über Nacht 500 Milliarden Euro Staatshilfe für marode Banken zur Verfügung gestellt – Gegenleistung: stimmrechtslose Aktien. Zur Bekämpfung der Krise wurden gleichzeitig lächerliche vier Milliarden für ein „Konjunkturprogramm“ in Aussicht gestellt.

Was ich Ihnen hiermit aufzeigen will, ist eine Politik, die die Ursachen der systemimmanenten Krise nicht im Ansatz bekämpft; und das, sehr geehrte Damen und Herren, wird auch Auswirkungen auf Ansbach haben. Glauben Sie, dass der fortschreitende Rückgang der Binnennachfrage aufgrund des Lohndumpings keine Folgen für den Einzelhandel in unserer Stadt hat?

Sind Sie sich bewusst, dass das zunehmende Auseinanderdriften von Arm und Reich, die wachsende Ungleichheit der Vermögensverteilung, die dafür verantwortlich ist, dass inzwischen 26% der Deutschen in Armut leben oder akut von Armut bedroht sind, die Kommunen besonders trifft, nämlich in Form der Pflichtleistungen des Sozialgesetzbuches?

Was werden die ersten Opfer der Rezession sein? Es sind die Zeitarbeiter, die Mini- und Midijobber, für die die Kommune Verantwortung übernehmen werden muss.

Wer jetzt auf die Selbstheilungskräfte eines Marktes hofft, der nicht funktioniert; wer weiterhin denkt, der Stadtrat könne in einer kommunalen Käseglocke jenseits von gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen frei schweben, der irrt. Ich betone das an dieser Stelle, weil die Mehrheit dieses Hauses immer noch so handelt, als gelte weder Völkerrecht noch Grundgesetz für kommunale Entscheidungsträger. Das in Bezug auf die militärischen Ausbaupläne in Katterbach und am Urtas praktizierte Drei-Affen-Prinzip darf in Zukunft keine Anwendung mehr finden.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, die Krise des kleinen Ansbacher Haushalts schwelt schon etwas länger als die Krise des großen Finanzsystems. Dass unsere Gemeindefinanzierung zu sehr von den Gewerbesteuererträgen abhängt, haben die Folgen deren Einbrüche aufgezeigt. Diese Grundproblematik werde ich in einem anderen Zusammenhang nochmals aufgreifen.

Dass trotz des Wegbrechens auf der Einnahmeseite auf Einschnitte in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales weitgehend, beim Personal eingeschränkt, verzichtet wurde, ist zu begrüßen.

Hier scheint das Leitbild „der Mensch geht vor“ in großen Teilen realisiert worden zu sein, auch wenn noch nicht sämtliche Vorschläge der Offenen Linken, allen Schichten der Bevölkerung gleichen Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Mobilität zu verschaffen, berücksichtigt wurden. Antrag und Richtlinien für einen Sozial- und Familienpass liegen der Verwaltung vor. Mit Hilfe des von der Offenen Linken beantragten Armutsberichts wird Ansbach zukünftig in der Lage sein, soziale Missstände vor Ort wirkungsvoller zu bekämpfen als bisher.

Ich habe in meiner Grundsatzklärung am 07. Mai davon gesprochen, dass die Kommune in der Pflicht ist, zumindest die schlimmsten Auswirkungen der unsozialen Politik auf Bundes- und Landesebene abzufedern. Ich hoffe, dass uns dies in Zukunft mehr und mehr gelingt.

Meine heutige Rede ist mit „Aus den Fehlern lernen“ überschrieben. Ich möchte nun auf zwei grundsätzliche Eingehen: Zum einen auf den Fehler der Privatisierungspolitik, zum anderen auf den Fehler des pro-zyklischen Investitionsverhaltens:

Auf dem Höhepunkt des marktradikalen Zeitalters um die Jahrtausendwende fand in Ansbach ein Ausverkauf der öffentlichen Daseinsfürsorge statt. Für das schnelle Geld wurden die städtischen Wohnungen und 40% der kommunalen Energieversorgung verschleudert. Auf dem Altar eines angeblich „ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung“ wurde die Bevölkerung enteignet.

Den Kaufpreis, den im Jahr 2000 eine Tochter des Energie-Multis E.on zahlte, hat diese Firma durch die entsprechenden Gewinnabführungen binnen acht Jahren annähernd amortisiert, also ausgeglichen.

Nun beginnt der Wohlfahrtsverlust der Privatisierung voll zu wirken

- für die BürgerInnen in Form von steigenden Energiepreisen, sowie fehlenden Sozialtarifen oder Anreizen für Energiesparer
- für die kommunalen Finanzen, da inzwischen die kumulierten Gewinnabführungen an die Thüga den Verkaufspreis übersteigen
- für die Demokratie, da die Stadtwerke der öffentlichen Kontrolle entzogen wurden

Die Privatisierungspolitik ist gescheitert – zu diesem Fazit kam der Deutsche Städte- und Gemeindebund im April dieses Jahres. Laut einer Studie der Unternehmensberatung Ernst & Young, mit der wohl kaum eine linke Gesinnung in Verbindung gebracht werden kann, denkt jede zehnte Kommune darüber nach, Privatisierungen wieder rückgängig zu machen. Diesen Schritt gingen bereits viele Städte – interessanterweise stets aus Kostengründen.

Als regionales Beispiel sei hier die Stadt Dinkelsbühl angeführt, die den 50%igen Fremdanteil ihrer Stadtwerke zurück kaufte. Dort rechnet man mittelfristig dadurch nicht nur mit sinkenden Verbraucherpreisen, sondern mit einer verbesserten städtischen Finanzausstattung.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen, die Rekommunalisierung der Stadtwerke ist ein mutiger Schritt; sie dient nicht nur den Energieverbrauchern, sondern der langfristigen Sicherung der Gemeindefinanzierung jenseits der erwähnten Gewerbesteuerentwicklung.

Lassen Sie uns gemeinsam an diesem Konzept und somit für eine zentrale Zukunftsinvestition dieser Legislatur arbeiten.

Investieren – dies ist die anti-zyklische Antwort der Wirtschaftstheorie von Meynard Keynes in Zeiten von Abschwung und Rezession, die die Weltwirtschaftskrise von 1929 in den Griff zu bekommen half, womit ich zum zweiten Fehler der Vergangenheit in Ansbach komme.

Die genannten Verkaufserlöse aus der Privatisierung der Stadtwerke wurden zu konjunkturellen Hochzeiten für Prestigeprojekte ausgegeben, wobei Kosten-Nutzen-Rechnung nicht annähernd berücksichtigt wurde. Zur Veranschaulichung genügt die Südosttangente. Noch im Wahlkampf rühmte sich die abgewählte Stadtspitze, durch den Teilverkauf der Stadtwerke eine Betonpiste, die kaum benutzt wird, finanziert zu haben. Dieses Geld fehlt nun schmerzlich.

Doch ich warne davor, sich gerade jetzt tot zu sparen. Die Ideologie, ungeachtet situativer Faktoren ohne Neuverschuldung auszukommen, wird in fast allen Industrieländern im Interesse einer wirkungsvollen Konjunkturpolitik zur Sicherung von Arbeitsplätzen und Binnennachfrage durchbrochen.

In Ansbach mussten nun viele Vorhaben angesichts des Rücklagenverzehrs der letzten Jahre auf die lange Bank geschoben werden.

Doch gerade Investitionen in Bildung und Soziales sind potenzielle kleine Konjunkturprogramme. Ich verweise mit Nachdruck darauf, dass die Einführung des Sozial- und Familienpasses nicht lediglich ein Almosen ist, sondern eine Ankurbelung der Binnennachfrage bedeutet, in Folge einer höheren Auslastung etwa des ÖPNV, des Theaters oder der VHS.

Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, ich appelliere an Sie, in den Zeiten der Rezession, die wir im kommenden Jahr voll zu spüren bekommen werden, für zukunftsweisende Investitionen in benannten Bereichen auch eine Finanzierung über den Kapitalmarkt ohne Scheuklappen in Betracht zu ziehen.

Der Bezirkstag hat vor vier Tagen eine stärkere Senkung der Bezirksumlage als geplant beschlossen, nämlich um einen Prozentpunkt. Die dadurch frei werdenden Mittel sollten reinvestiert werden, vorrangig in die Grundversorgung der Bevölkerung, in soziale Projekte sowie in kommunale Beschäftigung.

Die Stadt als Arbeitgeberin muss Vorbild sein. Ein-Euro-Kräften müssen Perspektiven zur Festeinstellung verschafft werden. Die Ausbildungsquote der Stadt sollte mittelfristig auf den vom Deutschen Gewerkschaftsbund geforderten Wert von 7% angehoben werden, um mitzuhelfen, dass junge Menschen in Ansbach nach dem Schulabschluss eine Zukunft haben.

Möglichkeiten der Gegenfinanzierung ehrgeiziger Projekte wie der Rückgewinnung der Stadtwerke sind ohne zusätzliche Belastungen für die BürgerInnen beispielsweise durch Verkaufserlöse der zahlreichen ausgewiesenen und erschlossenen Gewerbeflächen realisierbar. Der diesbezügliche Stillstand wird bereits seit längerem thematisiert.

Wir müssen uns bewusst sein, dass die Militärbasis in unseren Stadtgrenzen nicht nur die Bevölkerung belastet, die Umwelt zerstört und die Lebensqualität mindert, sondern auch schlecht ist für das Image Ansbachs. Sie stellt somit einen gewichtigen Standortnachteil dar.

Wettmachen können wir diesen Negativfaktor nicht nur durch die Stärkung der weichen Standortfaktoren, wie Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gerade für Alleinerziehende und Doppelverdiener; sozialem Frieden oder breitem Freizeitangebot, sondern durch eine bessere Nutzung von Zukunftspotenzialen in Ansbach.

Damit meine ich in erster Linie die Studentenschaft, die in kommunale Prozesse bisher zu wenig eingebunden wird. Die auffallend niedrige Quote der Erstwohnsitznahmen ist hierfür ein Indiz.

Während im Haushalt 2009 330.000 Euro für Baumaßnahmen der FH-Erweiterung eingestellt sind, die Stadt somit zum Financier ureigenster Aufgaben des Freistaats wird, sind keinerlei städtische Mittel zur Verbesserung der Rahmenbedingungen der Studierenden vorgesehen. Eine falsche Weichenstellung, die nicht ohne Folgen bleiben wird. Aber auch aus diesem Fehler kann man lernen.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, Sie werden sich nicht wundern, wenn ich sage, dass ich einige Prioritäten im Haushalt anders gesetzt hätte.

Nichts desto Trotz anerkenne ich auch gute Ansätze des vorliegenden Werkes, die im kommenden Jahr noch weiter in die richtige Richtung gelenkt werden müssen.

In Richtung eines sozialen Ansbachs, das die Menschen und ihre Potenziale fördert, und nicht Prestigeprojekte oder unsere Bevölkerung missachtenden Pläne des US-Militärs.

Insbesondere anerkenne ich die Leistung der städtischen MitarbeiterInnen unter verschärften wirtschaftlichen und fiskalischen Rahmenbedingungen. Bei Ihnen möchte ich mich herzlich bedanken, allen voran bei Herrn Schwarzbeck und dem Team der Kämmerei, die unter hohen persönlichen Einsatz diesen Haushalt federführend erarbeitet haben.

Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, wünsche ich zum Abschluss des arbeitsreichen ersten Jahres an der Rezat einige verdiente Tage der Ruhe und Erholung, um 2009 den Weg der offenen Diskussionskultur im Stadtrat weiter zu beschreiten.

Unserem Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, wünsche ich die Fähigkeit, Fehler zu erkennen, und die Kraft, zum Wohle der Zukunft Ansbachs, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Trotz geäußerter Bedenken bei Teilen des Haushalts 2009 stimme ich dem Gesamtwerk zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Für die Offene Linke Ansbach e.V.

gez.

Boris-André Meyer, Stadtrat